

Sozialismus.de

Heft 4-2019 | EUR 7,00 | C 12232 E

Monatlich Hintergründe, Analysen und Kommentare | täglich im Netz



Salvo Leondardi: Gewerkschaften in Italien

Günter Busch: Tarifabschluss für den ÖD der Länder

Beiträge u.a. von

Marion Fisch, Siegfried Müller-Maige, Klaus Busch, Alban Werner, Carl Kinsky, Joachim Bischoff/Hasko Hüning, Holger Politt, Detlef Umbach



**Forum
Gewerkschaften**



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Nur im Netz:

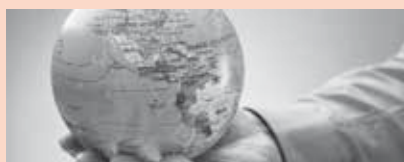
Die Redaktion veröffentlicht regelmäßige Beiträge zwischen den monatlichen Printausgaben auf www.sozialismus.de

Ratlosigkeit und Wut



350.000 Menschen haben in über 200 Städten am Samstag, 15.3., in einem »Jahrhundertmarsch« für den Klimaschutz demonstriert, darunter sehr viele Gelbwesten, die der Konfrontation mit den Sicherheitskräften ausweichen wollten. ...

Der Konjunkturmotor stottert weltweit – die Risiken



Die Weltkonjunktur – so die OECD-Prognose – schwächt sich ab: »Die globale Expansion verliert angesichts erhöhter politischer Unsicherheiten, anhaltender Handelsspannungen und fortgesetzter Rückgänge des Vertrauens von Unternehmen wie Verbrauchern weiter an Dynamik.« ...

NRW droht wirtschaftliche Abkühlung



Die Wirtschaft des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen geht mit gedämpften Erwartungen in das Jahr 2019. Sowohl das letzte Quartal des vergangenen Jahres als auch das erste Quartal 2019 zeigen eine deutliche Konjunkturdelle. ...

Ein Kontinent auf Abwegen

Klaus Busch: Weitere Stärkung der rechtspopulistischen Kräfte? Die Wahlen zum Europaparlament im Mai 2019	2
Siegfried Müller-Maige: Die EU, das andere Europa und die Mosaiklinke	7
Hinrich Kuhls: Trennung und Erneuerung Zur Verlängerung des Brexit-Austrittsverfahrens	11
Holger Politt: Polen – Vereinigte Rechte gegen Europäische Koalition	15

Illiberale Demokratie und andere rechte Diskurse

Joachim Bischoff/Hasko Hüning: Wie Demokratien sterben Bedrohung durch populistischen Autoritarismus	19
Dieter Klein: Der Diskurs der extremen Rechten	25
Alban Werner: Drei Sichtweisen auf einen Grundkonflikt. Neuere Literatur über (Rechts-)Populismus und Polarisierung in Deutschland und Europa	29
Carl Kinsky: Make Europe Great Again	34

Protektionismus und Hinterhofpolitik

Detlef Umbach: USA – Wut der republikanischen Wähler*innen und Politik des Vorurteils	37
Heinz Bierbaum: Kuba in schwerem Fahrwasser	42

Forum Gewerkschaften

Günter Busch: Gutes Ergebnis ohne Signalwirkung Tarifabschluss für den Öffentlichen Dienst der Länder	45
Salvo Leonardi: Gewerkschaften in Italien – starke Organisation, begrenzte Wirkung	48
Klaus Pickshaus: 100 Jahre ILO – Kampf um globale Arbeits- und Sozialstandards	54
Otto König/Richard Detje: Organisierte Ausbeutung auf Europas Straßen Kann das »Mobility Package« das schmutzige Geschäft eindämmen?	58

Konjunktur und Migration in der Debatte

Michael Wendl: Gibt es noch einen Konjunkturzyklus?	60
Jendrik Scholz: Migrations- und Integrationspolitik am Beispiel Baden-Württembergs	64

Impressum | Veranstaltungen | Film

Impressum	63
Veranstaltungen & Tipps	68
Marion Fisch: Destroyer (Filmkritik)	69

Trennung und Erneuerung

Zur Verlängerung des Brexit-Austrittsverfahrens

von ■ Hinrich Kuhls



14.2.2019; London, Demo für ein zweites Referendum (Foto: dpa)

Der Chaos-Brexit ist vorerst abgewendet worden. Der 29. März 2019 geht nicht als B-Day in die Geschichte ein. Doch ob eine geordnete Ratifizierung des Brexit-Vertrags gelingt, und ob sich ein Verfahren für einvernehmliche weitere Verhandlungen zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland (UK) etablieren lässt, bleibt offen. Genauso ungeklärt ist die Frage, ob und wie im UK ein tragfähiger Konsens zur weiteren Kooperation mit der EU gefunden werden kann.

Die soziale Spaltung im UK hat sich seit dem Referendum im Juni 2016 vertieft. Der Streit über die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Zukunft hat die Volatilität der Gesellschaft des UK bis an den Rand eines Spannungsbruchs getrieben. Darin eingebunden ist der Kampf und Zank um die Neupositionierung eines Königreichs, das drei britische Nationen und eine irische Provinz umfasst, in Europa und in einer von

Turbulenzen geprägten Welt. Die voranschreitende Zerstörung des sozialen Zusammenhalts und die zugespitzten politischen Auseinandersetzungen zwischen den Parteien und quer durch sie hindurch haben das politische System des UK nicht nur in eine Blockade geführt, sondern stellen die ungeschriebene Verfassung dieser konstitutionellen Monarchie und ihrer Institutionen zunehmend infrage.

Mit der Verlängerung des Austrittsverfahrens in die Phase der Neuwahl des Europäischen Parlaments hinein ist den rechtspopulistischen und nationalistischen Parteiformationen in Europa ein Geschenk in den Wahlkampfkorb gefallen. Obwohl die Reibflächen von supranationaler und nationaler Souveränität den Euroskeptikern und EU-Feinden seit vielen Jahren als leuchtende Folie ihrer politischen Agitation zur Reaktivierung fremdenfeindlicher Ressentiments dienen, hat der Europäische Rat genau diesen Angelpunkt des populistischen

Diskurses bei der Festlegung seiner Direktive für die Austrittsverhandlungen bedient: Erst die Klärung der Fragen zur nationalen Abschottung des UK (Abschlusszahlung, reziproke Bürgerrechte), dann die Lösung der künftigen bilateralen Beziehungen.

Die Rechtsposition des Europäischen Rats, die künftigen Beziehungen der EU mit einem Mitgliedsstaat, der sein Austrittsgesuch eingereicht hat, erst nach dessen formell vollzogenem Austritt zu verhandeln, war in der spezifischen Situation des UK von vornherein eine selbst gestellte Falle. Es war absehbar, dass die Staats- und Regierungschefs der EU27 aus dieser Sackgasse nur herauskommen, wenn sie einer Verlän-

Hinrich Kuhls lebt in Düsseldorf und arbeitet in der Sozialistischen Studiengruppe (SOST) mit. Der Beitrag wurde am 17.3. abgeschlossen. In Sozialismus 2/2019 ist vom Autor »Ein Königreich am Abgrund. Verworrene Fronten im Kampf gegen den Chaos-Brexit« erschienen und in Sozialismus 3/2019 »Sturmtief inmitten globaler Flaute. Zu einigen Aspekten der politischen Ökonomie des Brexits.«

gerung des Austrittsverfahrens zustimmen. Nur so konnte verhindert werden, dass der ungelöste Konflikt als Chaos-Brexit unmittelbar vor der Europawahl die großen Volkswirtschaften des Kontinents in eine tiefe Rezession stürzt.

Mit einer »technischen Verlängerung« des Austrittsverfahrens ließe sich der Chaos-Brexit und dessen zerstörerische Folgen um kurze Zeit hinausschieben, aber das grundlegende Problem wäre damit immer noch nicht gelöst: Die Neuverhandlung der Rahmenvereinbarung in der Politischen Erklärung über die künftigen EU-UK-Beziehungen, mit der die Friedenskonstellation in Nordirland gesichert werden kann.

Der intransigent vertretenen Rechtsposition der EU standen und stehen die »roten Linien« der britischen Premierministerin gegenüber. Der Austritt aus Binnenmarkt und Zollunion sind der Kern ihrer Version des harten Brexits, um die Forderungen der Brexit-Befürworter*innen einzulösen: Rückgewinnung der Kontrolle über die Staatsfinanzen, über die Rechtsprechung und – für May zentral - über die Grenzen und damit über die Migrationsbewegungen, ergänzt um die Forderung, uneingeschränkt neue Handelsverträge mit Nicht-EU-Staaten abschließen zu können. Hieraus resultiert ihr Vorschlag zur Lösung der Nordirlandfrage: Bis zum erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen über die künftigen EU-UK-Beziehungen soll das gesamte UK in der EU-Zollunion verbleiben und Nordirland zudem im Binnenmarkt.

Der zeitliche Rahmen dieser »Backstop«-Lösung ist umstritten. Kann darauf vertraut werden, dass der Versicherungsfall – das Scheitern der weiteren Verhandlungen – nicht eintritt? Und lässt sich für den Fall, dass er doch eintritt, die »Backstop«-Lösung temporär beschränken? Oder wird die Zugehörigkeit des UK zur EU-Zollunion dauerhaft und wird zwischen Nordirland und dem Rest des UK eine Zollgrenze errichtet?

Das Abkommen über den Austritt des UK aus der EU besteht aus zwei Teilen. Der erste Teil, der Austrittsvertrag, wird mit der Ratifizierung des Gesamtabkommens völkerrechtlich wirksam. Er enthält vor allem die Regelungen zur

Trennung der Finanzen, zur gegenseitigen Anerkennung der sozialen und zivilrechtlichen Belange der Bürger*innen und mit dem Nordirland-Protokoll auch die »Backstop«-Vereinbarungen für den Fall, dass die Verhandlungen über die zukünftige Kooperation scheitern sollten.

Der zweite Teil des Austrittsabkommens, die »Politische Erklärung über die künftigen Beziehungen«, hat nicht dieselbe völkerrechtliche Bindungswirkung, da sie als Rahmenvereinbarung für die weiteren Verhandlungen eine Absichtserklärung ist. Die Gestaltung der Außenhandelsbeziehungen ist vollkommen offen. Der »Blind Brexit« verlängert die Unsicherheit der letzten drei Jahre für unbestimmte Zeit in die Zukunft. Es ist vollkommen unklar, wie die britische Regierung mit dem Festhalten an den »roten Linien« der derzeitigen Premierministerin die Vertragsverpflichtungen aus dem Belfaster Karfreitagsabkommen von 1998 Rechnung tragen will.

Der rechtspopulistisch-nationalistische Flügel der Konservativen Partei, im Unterhaus des britischen Parlaments repräsentiert von der »European Research Group« (ERG), strebt die Ersetzung Mays durch einen ihrer Repräsentanten an. Das Ziel der ERG, die künftigen Beziehungen des UK zur EU allenfalls in einem Freihandelsabkommen zu kodifizieren, steht quer zur »Backstop«-Vereinbarung im Austrittsvertrag und zur bisher vereinbarten Perspektive in der Politischen Erklärung. Wenn überhaupt der Außenhandel weiterhin reguliert ablaufen soll, dann sollen die Basisregulierungen der Welthandelsorganisation als Regelwerk dienen. Nordirland bliebe so auf Dauer Provinz des UK, ungeachtet der im Karfreitagsabkommen völkerrechtlich vereinbarten Verfahren zur Konsensbildung und zur zeitlich gestreckten Lösung des Konflikts mit der Aussicht auf ein Referendum zur Wiedervereinigung der beiden politischen Gemeinwesen auf der irischen Insel.

Die vom Europäischen Rat durchgesetzte Asymmetrie der Vertragsbestandteile und das Festhalten der derzeitigen britischen Regierung am harten Brexit mit letztlichem Austritt des gesamten UK aus Binnenmarkt und Zollunion er-



London, 9.6.2017 (Wikipedia/CCO 1.0)

fordert einerseits die Verlängerung des Austrittsverfahrens. Andererseits konnten die gegenseitigen Blockaden der politischen Kräfte im UK nur durch eine Auseinandersetzung der Entscheidung in einzelne Abstimmungsschritte in Bewegung geraten. Nachdem die Regierung im Januar bei der ersten, verzögerten Vorlage des Gesamtpakets eine historische Niederlage erlitten hatte und wenige Wochen später das Parlament zudem in einer Resolution die Vermeidung eines unregulierten Ausstiegs beschlossen hatte, musste die Premierministerin einen Dreischritt in der Entscheidungsfindung zugestehen: erneute Abstimmung über das Austrittsabkommen, dann ein weiteres Mal die Abstimmung über einen »No-Deal-Austritt« und drittens Beschlussfassung über die Verlängerung des Austrittsverfahrens.

Wiederholte Ablehnung des Austrittsabkommens

Mays zweiter Versuch, den Austrittsvertrag durchs Parlament zu bekommen, ist am 12. März erneut gescheitert, und zwar nicht nur wegen der Gegenstim-

men der Oppositionsparteien, sondern weil nach wie vor die meisten Abgeordneten des ERG-Flügels und der nordirischen Unionistenpartei DUP dagegen gestimmt haben. Sie haben der Regierung zwar per Parlamentsbeschluss das Mandat erteilt, weitere Zusicherungen zur »Backstop«-Regelung in Gesprächen mit der Barnier-Verhandlungskommission und der EU-Kommission zu erreichen. Doch blieben sie bei ihrer Ablehnung, weil der Generalstaatsanwalt Cox als Rechtsberater der Regierung die Gespräche, die er selbst und Brexit-Minister Barclay geführte hatten, als erfolglos bewertete: Das Risiko bleibt unverändert bestehen, dass das UK bei unüberwindlichen Differenzen über die künftige Vertragsgestaltung die temporäre Zollunion gemäß der »Backstop«-Lösung nicht einseitig, sondern nur einvernehmlich verlassen kann.

Die Gespräche wurden begleitet, teils abgestimmt mit und bewertet von einer Runde von Juristen der ERG und dem Fraktionsvorsitzenden der DUP. Die Gruppe wird koordiniert von Bill Cash, dem Vorsitzenden des europapolitischen Ausschusses des Unterhauses. Der Verfassungsjurist hatte bereits im Jahr 2000 über den EU-Integrationsprozess als Gefahr für die USA geschrieben.¹

Parallel zu diesem Artikel entwickelte der jetzige Sicherheitsberater des US-Präsidenten, John Bolton, in einem Grundsatzartikel die Aufgaben des »Amerikanismus« zur Bekämpfung des »Globalismus« im Rahmen einer neuen Geopolitik.² Die gemeinsame Blickrichtung der Modernen Rechten in den USA und im UK auf die Entwicklungsperspektiven der EU als supranationalem Staatenbund in einer neuen Weltordnung ist also keineswegs neueren Datums und wird nicht nur politisch, sondern auch theoretisch weiter fundiert.³

Der mediale Spott, die ERG hätte mit Forschung so viel zu tun wie Horoskope mit Astronomie, verkennt gänzlich die Zielstrebigkeit dieses in den Kapillaren der repräsentativen Demokratie bestens vernetzten Brückenkopfs der Modernen Rechten. Die Zurückdrängung des Multilateralismus zugunsten einer Rückkehr zu nationalstaatlichen Entwicklungspfaden mit bilateralen Außenhandelsverträgen steht auf ihren Fahnen, die Un-

terminierung der Handlungsfähigkeit internationaler Institutionen ist ihr taktisches Mittel. Gelingt es, die mit supranationaler Souveränität ausgestattete Europäische Union, und vor allem die Wirtschafts- und Währungsunion und die Zollunion nachhaltig zu schwächen, hätte sie ein wichtiges Etappenziel erungen. Ob das Ziel mit einem Austrittsvertrag, der keine engere Bindung zum Binnenmarkt oder zur Zollunion zulässt, erreicht wird oder durch einen ungeregelten Austritt, ist dabei nachrangig, erklärt aber den anhaltenden Widerstand gegen den von May ausgehandelten Vertrag.⁴

Ablehnung des unregulierten Brexits

Nach der erneuten klaren Ablehnung des Austrittsabkommens zeigte sich tags darauf am 13. März bei der Abstimmung, ob das UK die EU ohne Vertrag verlassen soll, die andere Seite der Schwäche der Premierministerin. Der Resolutionsentwurf der Regierung sah den Ausschluss des unregulierten Brexits nur für die Zeit bis zum 29. März vor. In einem überparteilichen Änderungsantrag wurde die generelle Untersagung eines Chaos-Brexits formuliert. Der Änderungsantrag war von der federführenden konservativen Abgeordneten Spelman zurückgezogen worden. Doch nachdem ihn die Labour-Abgeordnete und Vorsitzende des Innenausschusses, Cooper, übernommen hatte, wurde er mit knapper Mehrheit von vier Stimmen angenommen.

Daraufhin versuchte die Regierung ihren geänderten Antrag in der Schlussabstimmung zu verhindern. Diesem Ansinnen verweigerten sich u.a. vier Kabinettsmitglieder, die sich der Stimme enthielten. Die Resolution wurde mit einem Stimmenverhältnis von 321 zu 278 angenommen. Mit der generellen Absage an einen No-Deal-Brexit soll die Gefahr gebannt werden, dass mit einem unregulierten Austritt die Konstellation in Nordirland außer Kontrolle gerät und die von der Regierung in ihrem Bericht vom 9. Januar zusammengefassten Entwicklungsperspektiven für Nordirland im Zusammenhang mit einem Vertragsabschluss nicht unterbunden werden.

Aufschub des Austrittsverfahrens

Beim Votum zur Verlängerung des Austrittsverfahrens am 14. März präsentierte die konservative Fraktion ebenfalls ein konfuse Abstimmungsverhalten. Mays Antrag bestand aus zwei Teilen: erstens aus der erklärten Absicht, mit der EU einen Aufschub des Brexits bis Ende Juni 2019 auszuhandeln, wenn sie am EU-Gipfel die Zustimmung des Unterhauses zu ihrem Austrittsvertrag präsentieren kann. Der Aufschub bis Ende Juni wurde technisch begründet: Diese Zeit brauche es, um die nötigen britischen Ausstiegs Gesetze zu verabschieden. Doch wenn May zweitens keine Zustimmung des Parlaments präsentieren kann, dann werde sie einen Antrag stellen müssen, der einen längeren, vom Europäischen Rat zu bestimmenden Zeitraum umfasst, was auch die Teilnahme des UK an den Wahlen zum Europäischen Parlament Ende Mai bedeuten würde.

Mays Versuch, die Abstimmung über die Verlängerung des Austrittsverfahrens an ein erneutes, drittes Votum zum vorliegenden Vertragswerk zu koppeln, führte dazu, dass die Entrüstung darüber in einen überparteilichen Antrag mündete, demzufolge das Parlament den weiteren Ratifizierungsprozess in seine Regie übernommen hätte. Der Änderungsantrag sah eine Reihe »indikativer Voten« vor, bei denen alle Optionen zur Abstimmung gestanden hätten,

¹ Cash, Bill (2000): European Integration: Dangers for the United States. In: Chicago Journal of International Law 1 (2), S. 315-322. Online: <https://chicagounbound.uchicago.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=1098&context=cjil>.

² Bolton, John R. (2000): Should We Take Global Governance Seriously? In: Chicago Journal of International Law 1 (2), S. 205-222. Online: <https://chicagounbound.uchicago.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=1090&context=cjil>.

³ Vgl. Bromund, Theodore R. (2018): A New Approach to Europe: U.S. Interests, Nationalist Movements, and the European Union. The Heritage Foundation, 4.12.2018. Online: www.heritage.org/europe/report/new-approach-europe-us-interests-nationalist-movements-and-the-european-union sowie Grygiel, Jakub (2018): The EU Can't Fulfill Its Purpose. In: The American Interest, 30.12.2018. Online verfügbar unter <https://ihe.catholic.edu/eu-cant-fulfill-purpose/>.

⁴ Vgl. Bischoff, Joachim/Kuhls, Heinrich (2018): Der chaotische Brexit und der Rechtspopulismus. Die Feinde des europäischen Friedensprojekts. Sozialismus.de Aktuell, 1.8.2018.

um eine Mehrheit im Rahmen der repräsentativ-demokratischen Institutionen zu eruiieren, mit der das plebiszitäre Votum aus dem EU-Referendum umgesetzt werden kann: Rücknahme des Austrittsantrags, Neuwahl des Parlaments, Freihandelsabkommen oder Verbleib in Binnenmarkt und/oder Zollunion. Auch ein zweites Referendum wäre nach wie vor nicht ausgeschlossen, obwohl der entsprechende Änderungsantrag zuvor deutlich (85:334) abgelehnt worden war.

Der Antrag zu den indikativen Voten, eingebracht unter der Federführung des Vorsitzenden des Brexit-Ausschusses, des Labour-Abgeordneten Hilary Benn, verfehlte die Mehrheit um zwei Stimmen (314:312). So stand der Regierungsantrag zur Verlängerung der Austrittsfrist unverändert zur Abstimmung. Für die Regierung resümierte Brexit-Minister Barclay die Antragsdebatte mit der Empfehlung, den Antrag anzunehmen – nur um dann wenige Minuten später gegen den Antrag zu stimmen. Ihm folgen zwei Drittel der Fraktion der Konservativen Partei, sodass der Aufschub des Austritts von den Oppositionsparteien und einer Minderheit der Regierungspartei mit insgesamt deutlicher Mehrheit (412:202) beschlossen worden ist.

Ausweg: »Neue Politik« und »weicher Brexit«

Die Alternative zur Austeritätspolitik der letzten Jahrzehnte liegt programmatisch mit der Wirtschafts- und Sozialpolitik vor, die die Labour Party in der letzten Parlamentswahl im Juni 2017 präsentiert hat. Auch wenn die Brexit-Vorbereitungen die Debatte hierzu überlagert und auch behindert haben, so ist doch in einigen wichtigen Politikfeldern die Programmatik in konkrete Vorschläge für eine Politik zur Erneuerung von Wirtschaft und Gesellschaft weiterentwickelt worden.

Zur Überwindung der Spaltung der Gesellschaft in der Frage der Beziehungen zur EU liegt seitens des Vorsitzenden, der Parteiführung und der Fraktionsspitze der Labour Party ebenfalls ein Vorschlag vor, auf dessen Basis in der nächsten Runde der Verhandlungen ein

breiter Kompromiss möglich ist. Er besteht in dem Auftrag,

»a) mit der EU über Änderungen der politischen Erklärung zu verhandeln, um Folgendes zu erreichen:

- i. eine permanente und umfassende Zollunion mit der EU;
- ii. eine enge Abstimmung mit dem Binnenmarkt, die auf gemeinsamen Institutionen und Verpflichtungen beruht;
- iii. dynamische Anpassungen der Rechtssituation, insbesondere bei Schutzrechten;
- iv. Verpflichtungen zur Beteiligung an EU-Agenturen und Finanzierungsprogrammen, auch in Bereichen wie Umwelt, Bildung und industrielle Regulierung; und
- v. eine klare und verbindliche Einigung über die Einzelheiten künftiger Sicherheitsvereinbarungen, einschließlich des Zugangs zum Europäischen Haftbefehl und zu wichtigen gemeinsamen Datenbanken; und

b) das Verfahren zur verbindlichen Festlegung dieses Verhandlungsmandats im Primärrecht einzuleiten.«

In der britischen Bevölkerung spricht sich die eine knappe Hälfte für den sofortigen Austritt aus, auch wenn er ungeregelt vonstattengehen sollte. Die andere knappe Hälfte hofft auf ein zweites Referendum, vor allem um den Austritt zu revidieren. Eine Vertragslösung zur Überwindung der Brexit-Krise hat nur geringen Rückhalt.

Was die Lösungsperspektiven in der Wirtschafts- und Sozialpolitik und in der Europa-, Außen- und Außenhandelspolitik betrifft, ist die politische Konfrontation im UK eindeutig. Auf der einen Seite gibt es das Plädoyer für die Fortführung der harten Austeritätspolitik im Rahmen einer reaktionären Politik der Stärkung des Nationalstaats, für das die Rechtspopulisten und Nationalisten außerhalb und innerhalb der Konservativen Partei stehen. Für die Alternativkonzeption einer Anti-Austeritätspolitik mit dem Kern einer Ausweitung der Investitionen und der Infrastruktur in Verbindung mit einer solidarischen Sozialpolitik wirbt die Mehrheit einer erneuerten Labour Party, die nicht nur für eine Erneuerung von Wirtschaft und Gesellschaft eintritt, sondern auch für eine Einhegung und

Überwindung der Schäden der Austeritätspolitik in internationaler Solidarität eintritt.

Die nationale Perspektive hat in den Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten und im Europäischen Rat in der jetzt zu Ende gehenden Legislaturperiode Zulauf erhalten. Die supranationale Perspektive, verbunden mit einer Neuausrichtung von Politik und Institutionen in der EU, ist in der Minderheitsposition der letzten Jahrzehnte verharrt. Während die Opposition gegen den Rückfall in die nationale Abschottung im UK mit einer klaren Perspektive einer politischen Wende verknüpft ist, ist das für die Mehrheit der EU27 nicht zu konstatieren. Die politischen Kräfte zur Durchsetzung einer anderen Politik sind weithin zu schwach aufgestellt. Im neuen Europaparlament und in der personellen Zusammensetzung der neuen EU-Kommission wird sich das veränderte Kräfteverhältnis wiederfinden.

Die Entscheidungen des Europäischen Rats zum weiteren Brexit-Verfahren werden den Wahlkampf beeinflussen – unabhängig davon, ob in das nächste Parlament britische Abgeordnete einziehen werden oder nicht. Die Verschiebung des B-Day bedeutet nicht seine Aufhebung. Sollte sich tatsächlich die Konstellation ergeben, dass das Vereinigte Königreich die Europäische Union im Juni 2019 verlässt, dann findet das Ereignis genau 75 Jahre nach dem D-Day statt. Am 6. Juni 1944 begannen britische und US-amerikanische Truppen von der Südküste Englands aus die Landeoperation in der Normandie, mit der – parallel zu den Entwicklungen in Osteuropa – in Westeuropa die militärische Grundlage zur Beendigung von Krieg und NS-Diktatur gelegt wurde. Der D-Day war ein Meilenstein in der Zurückdrängung des Nationalismus und der Befriedung Europas. Der B-Day hingegen öffnet erneut die Tore für die weitere Reaktivierung von Nationalismus und Rechtspopulismus. Der Gegenwind bleibt weiterhin schwach.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
 - Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
 - Internationales/Krieg & Frieden
 - Buchbesprechungen/Filmkritiken
 - sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen
- ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 70,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto). Ich möchte die Buchprämie Weltküche Müller Hoff
- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 50,- (für Arbeitslose/Studenten). Ich möchte die Buchprämie Weltküche Müller Hoff
- Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 14,-/Ausland € 19,-).
- Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

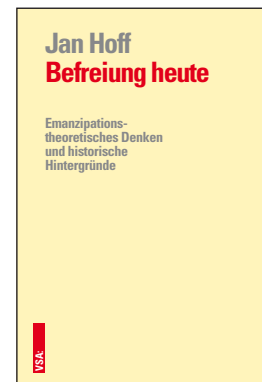
Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!



Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de